**Heuschrecken wollen nicht von Griechen lassen**

Zum Schluss der Verhandlungen über die Entschuldung Athens begehren Hedgefonds auf. Sie drohen Griechenland mit Klage und wollen ihre Enteignung in Straßburg bekämpfen.

**Wien/Athen/Dublin** - Wegen der angepeilten Entschuldung Griechenlands wollen mehrere Hedgefonds das Land vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagen. Von dieser Wendung in der europäischen Schuldenkrise berichtet die *New York Times*.

Die privaten Gläubiger Griechenlands sollen auf rund 100 Milliarden Euro an Forderungen verzichten. Einige Hedgefonds wollen einer Vereinbarung aber nicht zustimmen und drohen mit Klage, sollte ihnen eine Lösung aufgezwungen werden. Die Manager der Fonds haben dabei das erste Zusatzprotokoll der Menschenrechtskonvention im Auge. Darin ist der Schutz von Eigentumsrechten geregelt. Enteignungen sind demnach nicht grundsätzlich verboten, müssen aber nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) verhältnismäßig sein. In der Regel bedeutet das: Wenn der Staat Private enteignet, zum Beispiel um eine Straße zu bauen, muss er Entschädigungen zahlen.

Im Falle einer Entschuldung liegt der Sinn der Sache aber gerade darin, dass Gläubiger auf Forderungen ersatzlos verzichten. "Das Ganze kann eine spannende Frage vor Gericht werden", meint daher Hannes Tretter, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte in Wien. Er würde einer Klage durchaus Erfolgschancen geben.

Allerdings müssen Entschädigungen laut EGMR nicht vollständig sein. Zudem prüft das Gericht in der Regel das Gesamtumfeld einer Maßnahme.

**"Entbehrungen ertragen"**

Das dürfte für Athen sprechen: "Die Griechen haben harte Entbehrungen ertragen müssen. Das erleichtert die Argumentation, weshalb auch Investoren mitzahlen sollten", so Tretter. Sein Fazit: Eine ausgefeilte Lösung, also eine, die Besserungsklauseln für Investoren vorsieht, könnte vor Gericht eher standhalten.

Tatsächlich verhandelt die griechische Regierung mit dem Internationalen Bankenverband (IIF) derzeit über den Einsatz von Besserungsklauseln. Sie sehen vor, dass Gläubiger etwas nachgeschossen bekommen, so sich die griechische Wirtschaft gut entwickelt.

Der Finanzinformationsdienst Dow Jones berichtete am Donnerstag, die Banken würden einen Basiszinssatz von vier Prozent auf ihre neuen Griechenland-Anleihen erhalten, der alle zwei Jahre ansteigen könnte.

Die griechische Regierung hofft noch heute, Freitag, auf eine Einigung mit den Banken - spätestens vor dem Treffen der EU-Finanzminister am Montag will sie ein Ergebnis sehen.

Ebenfalls am Donnerstag haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EU eine Überprüfungsmission in Irland abgeschlossen. Irland hat 2010 von EU und IWF einen 67,5 Milliarden Euro Kredit bekommen und am Donnerstag lobten beide das Reformtempo in Dublin.

Dennoch glauben viele Ökonomen, dass Irland der zweite Kandidat für eine Entschuldung ist. Das irische Defizit lag 2011 bei rund zehn Prozent - das sind griechische Dimensionen. Für 2012 wird eine Neuverschuldung von 8,7 Prozent erwartet. Das beständig hohe Defizit hat zwei Gründe: Irland belastet nach wie vor die Kosten der Bankenverstaatlichungen. Da dem Inselstaat bisher keine Entschuldung erlaubt wurde, muss das Land die Gläubiger seiner Geldhäuser weiter ausbezahlen.

Allein für die nicht mehr operativ tätige Anglo Irish Bank werden in den kommenden zehn Jahren Zahlungen in Höhe von 30 Milliarden Euro fällig. Diese belasten das Budget laufend. Zudem kämpft der Staat mit fehlenden Einnahmen. Das Land hat vor der Krise von den hohen Abgaben auf Immobilien gelebt. Seit 2007 sind die Grundstückspreise um fast 50 Prozent gefallen, was zu erheblich niedrigeren Steuereinnahmen führt. Die Ökonomen vom irischen Börsenhändler Goodbody Stockbrokers rechnen damit, dass die irischen Staatsschulden 2014 auf 124 Prozent der Wirtschaftsleistung ansteigen. Das wäre wesentlich höher, als die angepeilten 120 Prozent für Griechenland nach der Entschuldung. (szi)

**Kommentar Seite 32**

**UMSCHULDUNG**

***Griechischer Schein***

*Andreas Schnauder*

Im Tauziehen um den griechischen Schuldenschnitt wird mit harten Bandagen gekämpft. Tatsächlich haben jene Gläubiger, die noch höhere Verluste nicht hinnehmen wollen, gute Karten. Kommt keine Einigung zustande, bleibt Athen nur noch, die angepeilte Schuldenreduktion von 100 Milliarden Euro per Dekret zu verordnen. Mit der angestrebten Freiwilligkeit wäre es dann vorbei, Griechenland würde auf Zahlungsausfall herabgestuft, Staatsanleihen dürften dann von der Europäischen Zentralbank nicht mehr als Besicherung für Kredite akzeptiert werden.

Doch selbst diese bedrohliche Variante legt bei weitem nicht die ganze Tragödie offen. Selbst bei einem gütlichen Ende in der Frage der Beteiligung privater Gläubiger wird Griechenland die verbleibenden Schulden nicht bedienen können. Die tiefe Rezession und die mangelnde Umsetzung der Reformvorgaben verhindern, dass die von EU, EZB und Währungsfonds aufgelegten Pläne - die bis jetzt noch nie gehalten haben - erfüllt werden.

Das hat vor allem mit der falschen Strategie zu tun, die vor zwei Jahren eingeleitet wurde. Nur mit einem sofortigen Schuldenschnitt hätte Athen eine realistische Überlebenschance gehabt. Stattdessen wurden Steuergelder der Eurostaaten via Athen an private Gläubiger verteilt.

Man darf gespannt sein, wann die Regierungen den griechischen Schein ablegen und erklären, dass die Hilfsgelder nun leider doch nicht zurückfließen werden.